



DIE WELT, 13.07.2021, Nr. 160, S. 15 / Ressort: FINANZEN

Rubrik: Finanzen

"Viel Geld, wenig Leistung"

Bis heute haben die Bürger nur für den Staat gearbeitet - länger als letztes Jahr

Karsten Seibel

Am Dienstag, den 13. Juli, also dem 194. Tag des Jahres, ist es so weit: Die Bürger arbeiten wieder ausschließlich für ihr eigenes Portemonnaie. Bis dahin geht das gesamte Einkommen für Steuern und Sozialabgaben drauf. Zu diesem Ergebnis kommt der Bund der Steuerzahler (BdSt) in einer Hochrechnung. Im Vorjahr war der "Steuerzahlergedenktag" für einen Durchschnittshaushalt bereits am 9. Juli. Vor der Corona-Krise dauerte es dagegen bis zum 15. Juli, ehe er seinen Verpflichtungen nachgekommen war.

"Selbstverständlich hat niemand bis dato umsonst gearbeitet", sagte BdSt-Präsident Reiner Holznagel bei der Präsentation des diesjährigen Ergebnisses. Mit Steuern, Abgaben und Zwangsbeiträgen würden wichtige Leistungen für Bürger finanziert.

"Dennoch wollen wir deutlich machen, wie viel die Menschen leisten, um ihre Verpflichtungen gegenüber den Finanzämtern, der Arbeitslosenversicherung, den Renten- und Krankenkassen sowie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz zu erfüllen." Der Preis ist aus Sicht des selbst ernannten Vertreters aller Steuerzahler zu hoch, wenn mehr als die Hälfte des Einkommens eines durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushaltes belastet wird. Von einem Euro gehen im Mittel fast 53 Cent ab.

"Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir treten für einen Staat ein, der solide finanziert ist", so Steuerzahler-Vertreter Holznagel. Solide bedeute für ihn aber vor allem effizient. Die Corona-Krise habe noch einmal eindrücklich gezeigt, dass oft "zu viel Geld für zu wenig Leistung ausgegeben" werde, als Beispiele nannte er die Maskenbeschaffung und die Einrichtung der Impfzentren. Der Steuerzahlerbund schaltet sich mit dem "Steuerzahlergedenktag" in den Wahlkampf ein. Dort dreht sich viel um die Frage, wie teuer der Staat und die Sozialversicherungen sein sollen und sein müssen. Holznagel begrüßte ausdrücklich die Ankündigungen von SPD und Linke, die Mitte stärker zu entlasten.

"Die Mitte ist im Durchschnitt sehr hoch belastet", sagte er. Deshalb müsse etwas am Einkommensteuertarif geändert werden. Auch Grüne und CDU/CSU wollen dafür sorgen, dass der Spitzensteuersatz von 42 Prozent nicht schon bei jedem Euro oberhalb von einem zu versteuernden Einkommen von rund 58.000 Euro greift. Davon würden freilich nicht nur Haushalte mit mittlerem, sondern auch mit höherem Einkommen profitieren. Schließlich zahlen auch sie dann auf geringere Teile ihres Einkommens den Spitzensteuersatz. Das macht eine solche Reform aus Sicht des Staates schnell teuer - wenn man nicht gleichzeitig die Steuersätze für Gutverdiener erhöht.

Unionskanzlerkandidat Armin Laschet hatte am Wochenende in einem ARD-Interview aufhorchen lassen, als er sagte: "Keine Steuererleichterung im Moment - dazu haben wir nicht das Geld." Nur die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags müsse schon aus verfassungsrechtlichen Gründen angegangen werden. CDU-Politiker Friedrich Merz relativierte diese Aussage zu Wochenbeginn im Deutschlandfunk insoweit, als man trotz der angespannten Haushaltslage auf längere Sicht nicht auf Steuerentlastungen verzichten könne. Zudem bekräftigte er die Forderung der CDU nach einer Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle.

Kritik an den Aussagen kam vom langjährigen Koalitionspartner SPD. "Wenn Armin Laschet jetzt behauptet, dass die Union den Soli auch für die reichsten fünf Prozent der Einkommensbezieher angeblich nur aus verfassungsrechtlichen Gründen abschaffen wolle, ist das wohl ein schlechter Scherz", so Finanzpolitiker Achim Post. Wenn dem so wäre, könne die Union ja die milliarden schweren Steuerentlastungen durch die Soli-Abschaffung mit einer Einkommensteuerreform, die die reichsten Einkommensbezieher betrifft, gegenfinanzieren. Doch dagegen habe sie sich immer gewehrt.

Dem Bund der Steuerzahler wird gerne vorgeworfen, Klientelpolitik für Spitzenverdiener zu machen. Holznagel verteidigte die in der Vergangenheit immer wieder angegriffenen Prognosen, sie stellten die Belastungen "offen und nachvollziehbar" dar. Datengrundlage sind seit einer Umstellung die sogenannten "Laufenden Wirtschaftsrechnungen" des Statistischen Bundesamts. Dafür führt das Bundesamt Umfragen zu Ein- und Ausgaben in Privathaushalten durch.

Aus diesen "rein rechnerischen" Größen, wie Holznagel betonte, leitet der Steuerzahlerbund Forderungen ab. An einer Sparpolitik im Bundeshaushalt gehe kein Weg vorbei, sagte Holznagel. Konkret schlug er beispielsweise vor, den doppelten Regierungssitz Berlin und Bonn aufzugeben. Sämtliche Ministerien gehörten nach Berlin. Auch die Regierung müsse effizienter arbeiten. An der Schuldenbremse müsse festgehalten werden, so Holznagel. Der Bund hatte sie in der


Corona-Krise ausgesetzt. Vom Bundesetat 2022 sollte ein klares Signal für den Ausstieg aus der Schuldenpolitik ausgehen, sagte Holznagel. Die von der aktuellen Bundesregierung geplante Neuverschuldung in Höhe von knapp 100 Milliarden Euro müsse deutlich verringert werden.

Wenig überraschend will der Bund der Steuerzahler dagegen keine Diskussion über eine Vermögensteuer, wie sie im Wahlprogramm von Grünen, Linken und SPD steht. "Steuererhöhungen heißt nicht gleich Steuermehreinnahmen", so Holznagel.

Karsten Seibel

Von jedem Euro bleibt weniger als die Hälfte übrig

Hochrechnung zur Einkommensbelastung durch den Bund der Steuerzahler*

Monatsbeiträge 	Durchschnitts- haushalt: Single (1 Person)	Nicht-Single- Haushalte (Ø 2,9 Personen)	Durchschnitts- haushalt: Arbeitnehmer (2,2 Personen)
Gesamteinkommen inkl. Arbeitgeber-Sozial- versicherungsbeiträge	4224 €	7428 €	6302 €
Gesamtabgaben	2263 €	3910 €	3337 €
Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	618 €	1055 €	900 €
Arbeitgeberbeiträge zur Sozialvers.	738 €	1298 €	1101 €
Steuern	906 €	1558 €	1336 €
Belastungsquote	53,6 %	52,6 %	52,9 %

WELT

*Prognose für 2021

Quelle: Der Steuerzahler 7/8-2021

Quelle: DIE WELT, 13.07.2021, Nr. 160, S. 15

Ressort: FINANZEN


Rubrik: Finanzen

Dokumentnummer: 178351361

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_0c76cab3efb78b9d67c835e6cffd02c7b162a369

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH